

# Höhere Qualität in der Zusammenarbeit zwischen Universität und Industrie

Symposium zum Thema „Wissenschaft und Industrie  
in der 2. Etappe des neuen ökonomischen Systems  
der Planung und Leitung“

Anlässlich des 20. Jahrestages der Wiedereröffnung der TH Dresden fand am Nachmittag des 4. November 1966 ein Symposium statt. Gäste waren die Generaldirektoren, Parteisekretäre und Vorsitzenden der Gewerkschaftskomitees der SchwerpunktvVBs, mit denen die TU Verträge abgeschlossen hat, die Direktoren und Parteisekretäre der Leitinststitute, der stellvertretende Minister für Elektronik, Genosse Dipl.-Ing. Kleiber, der stellvertretende Minister für Bauwesen Pöser, Genosse Barthel, Sekretär der Bezirksleitung Dresden der SED, Generalforstmeister Heideich vom Staatlichen Komitee für Forstwirtschaft, Genosse Groschopp vom Staatssekretariat für das Hoch- und Fachschulwesen, Genosse Dr. Ehmke, Vorsitzender des Zentralvorstandes der Gewerkschaft Wissenschaft, Vertreter der Universitätsparteileitung, Professor Dr.-Ing. habil. Lunze, Vorsitzender der Universitätsgewerkschaftsleitung, und Mitglieder des Lehrkörpers.

Im Symposium ging es darum, wie eine neue Qualität in der Zusammenarbeit zwischen Universität und Industrie erreicht werden kann. Das Referat hielt der Prorektor für Forschung, Genosse Professor Dr. phil. habil. Recknagel.

Die Diskussion leitete Professor Dr. rer. cult. habil. Vogel. Zur Diskussion sprachen der Generaldirektor der VVB Landmaschinen- und Traktorenbau, Genosse Dipl.-Ing. Fischer, der Direktor des Instituts für Landmaschinentechnik, Prof. Dr.-Ing. habil. Gruner, der Technische Direktor der VVB Nagema, Genosse Dr.-Ing. Heimer, Professor Dr.-Ing. Tränkner, Institut für Maschinenlehre und Verarbeitungsmaschinen, Genosse Professor Dr.-Ing. Dr.-Ing. h. c. Frühau, Institut für Hochfrequenztechnik und Nachrichtenelektronik, der stellvertretende Minister für Elektronik, Genosse Dipl.-Ing. Kleiber, der Direktor der VVB Datenverarbeitung, Genosse Lunke, Genosse Dr. Ehmke, Vorsitzender des Zentralvorstandes der Gewerkschaft Wissenschaft, und Professor Gülich, VEB Carl Zeiss Jena.

Das Schlusswort hielt der stellvertretende Vorsitzende der Staatlichen Plankommission, Genosse Professor Wolf. Auszüge aus Diskussion und Schlusswort veröffentlichen wir in den nächsten Ausgaben der „UZ“.

Prorektor Prof. Dr. phil. habil. Alfred Recknagel ging in seinem Referat von der gemeinsamen Verantwortung aus, die die TU und die Industrie für die Entwicklung der Wissenschaft

## In eigener Sache

Unsere Leser und alle Angehörigen der TU, die uns in den letzten Wochen Beiträge zur Verfügung gestellt haben, bitten wir herzlich um Verständnis dafür, daß wir auf Grund der großen Bedeutung des Besuchs des Genossen Walter Ulbricht an unserer Technischen Universität und der Aktivität der Parteiorganisation am 25. Oktober 1966 die Veröffentlichung vieler dieser Beiträge zurückstellen mußten.

Wir danken allen für ihre Mitarbeit. Die „Universitätszeitung“ Nr. 23/66 wird am 18. Dezember voraussichtlich mit acht Seiten erscheinen. Redaktion

## URANIA- Vortragszentrum

Im November/Dezember

23. November 1966, 19.30 Uhr, im Dresdner Schallplatten-Theater, Webergasse: „Wärmekraftwerke, Kernkraftwerke, Fusionskraftwerke“, Lichtbildvortrag von Herrn Prof. Dr. Elmer, Direktor des Instituts für Energiewirtschaft der TU

29. November 1966, 19.30 Uhr, im Wallpavillon des Zwingers: „Der Prozeß um das Zeiss-Warenzeichen“, Vortrag von Herrn Dr. Seiffert, Humboldt-Universität Berlin

2. Dezember 1966, 19.30 Uhr, im Gobelinsaal des Zwingers: „Elektronik und technischer Fortschritt in Japan“, Lichtbildvortrag von Herrn Prof. Dr. Weigtmantel, Direktor des physikalischen Instituts der TH Karl-Marx-Stadt

7. Dezember 1966, 19.30 Uhr, im Dresdner Schallplatten-Theater, Webergasse: „Entwicklungstendenzen in der Fernmeldetechnik“, Lichtbildvortrag mit Demonstrationen von Herrn Prof. Dr. Freitag, Direktor des Instituts für Fernmeldetechnik der TU Dresden

Weitere Vortragsveranstaltungen des URANIA-Vortragszentrums sind aus Plakatschlägen ersichtlich. Eintritt für Studenten: 1,00 MDN.

## Mit konkreten Verpflichtungen zum VII. Parteitag der SED

Aus der Begrüßungsrede  
unseres Rektors zum Festakt  
am 4. November

Die Leistungen der Angehörigen der Technischen Universität im letzten Jahr und die ersten Verpflichtungen und Vorhaben für die Vorbereitung des VII. Parteitages der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands haben wir in einer Kassette zusammengefaßt. Der erste Band enthält 16 Beiträge von Fakultäten und Arbeitsgemeinschaften über Maßnahmen zur Mithilfe bei der komplexen sozialistischen Rationalisierung und zur schrittweisen Verwirklichung der Prinzipien zur weiteren Entwicklung von Lehre und Forschung. Dazu gehören die jetzigen Vorstellungen der Technischen Universität über ihre Arbeit in Lehre und Forschung auf dem Gebiet der Datenverarbeitung,

durch die gegenseitigen Anregungen, die Nutzung der höheren Einsicht des Kollektivs. Wir können die Gemeinschaftsarbeit nicht als eine Aushilfe ansehen, die uns aufgezwungen wird, weil wir nicht genug Mittel und Kräfte zur Verfügung haben. Selbst wenn eine solche Beschränkung nicht bestünde, würden wir uns doch der überall sonst in der Welt ablaufenden Entwicklung nicht verschließen können. Es ist eindeutig gesichert, daß bei dem heutigen Stand von Naturwissenschaft und Technik Spitzenleistungen nur durch konsequente Gemeinschaftsarbeit erzielt werden können. Das sozialistische Gesellschaftssystem, das die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen beseitigt, bietet besonders günstige Voraussetzungen dafür, eine Stufe gemeinsamer Arbeit zu organisieren, die in der kapitalistischen Gesellschaftsordnung nicht erreicht werden kann. Es ist unsere Pflicht, diese prinzipiellen Vorteile unseres Gesellschaftssystems auch zu nutzen.

In der zweiten Etappe des neuen ökonomischen Systems gelte es, die Forschungsarbeit auf volkswirtschaftliche Schwerpunkte zu konzentrieren.

Die Prinzipien zur weiteren Entwicklung des Hochschulwesens empfehlen im Rahmen der Hochschulen die Bildung von Sektionen und Arbeitsgemeinschaften, die über den Rahmen der Fakultäten hinausgehen können. Damit soll die Arbeit vieler Institute einer Hochschule auf einen gemeinsamen Komplex der naturwissenschaftlich-technischen Forschung gelenkt werden, oder allgemeiner gesagt, die potentiellen Möglichkeiten der Hochschule als komplexes Ganzes sollen genutzt werden. Die Vorteile des Vorschlages liegen offen da. Objektiv würde ein solches Verfahren gegenüber dem jetzigen Zustand einen Fortschritt einfach im Sinne der Konzentration der Kräfte zur besseren Durchsetzung des Prinzips der Ökonomie der Zeit bedeuten. Subjektiv würde der Fortschritt darin liegen, daß zahlreiche Mitarbeiter sich in eine große Gemeinschaft eingebunden fühlen würden, daß Ergebnisse weitreichender Bedeutung aus der Hochschule hervorgehen könnten und daß das Erlebnis des gemeinsamen Erfolges in breitem Rahmen anregend und befruchtend wirken könnte. Von diesen Gesichtspunkten ausgehend und auf eine Anregung der Bezirksleitung der SED wurde vom Senat beschlossen, daß an den drei Komplexen Landmaschinentechnik,

Verarbeitungsmaschinen und Datenverarbeitung als Beispielen die Zusammenarbeit neuer Qualitäten innerhalb der TU und mit der Industrie zu erproben und ihr Einfluß auf die Effektivität der Industrie-Verbindung zu demonstrieren ist.

Die Professoren Gruner, Tränkner und Frühau haben übernommen, diese Gemeinschaftsarbeit zu organisieren.

Wir freuen uns besonders, mitteilen zu können, daß die Professoren Tränkner und Gruner anlässlich des 20. Jahrestages der Wiedereröffnung der TH die Selbstverpflichtung abgegeben haben, bis zum VII. Parteitag der SED dafür zu sorgen, daß die Industrie-Verbindungen zielstrebig auf höherer Ebene weitergeführt werden. In allen Fällen ist es gelungen, größere Arbeitsgemeinschaften innerhalb der TU zu bilden.

Notwendig ist es noch, hier nicht den Eindruck entstehen zu lassen, daß die TU ihre Zusammenarbeit mit der Industrie etwa auf diese drei VVBs konzentrieren will. Davon ist gar keine Rede. Die drei Komplexe sollen als Modellfälle bearbeitet werden.

Band 2 dieser Kassette enthält Forschungsberichte und Auszüge, Verpflichtungen und Institutsvorhaben aller Fakultäten und des Meisterkollektivs. Diese Beiträge berichten vom gegenwärtigen Stand der Arbeit mit den Institutsarbeitsprogrammen, die zwischen der Gewerkschaftsleitung und Institutsdirektor abgeschlossen wurden.

Der dritte Band enthält nahezu 200 Briefe von Seminargruppen und Studenten der Freien Deutschen Jugend, die diese an Sie, hochverehrter Genosse Ulbricht, gerichtet haben, um Ihnen von der Arbeit, den Leistungen und den Problemen unserer Studenten zu berichten und ihre Solidarität mit dem kämpfenden vietnamesischen Volk zum



Professor Recknagel während seines Referats auf dem Symposium

den; die anderen Leitinststitute und VVBs sollen angeregt werden, in gleicher Weise zu verfahren.

Während der Vorbereitung dieses Symposiums haben die Direktoren der Leitinststitute an der TU ihre Tätigkeit als Organisatoren der Industrie-Verbindungen eingeschätzt. Diese Einschätzungen, so erklärte Prof. Recknagel, sollen einerseits als Beispiel für die Zusammenstellung positiver Erfahrungen dienen, andererseits Hemmnisse darlegen.

Im Verlauf seines Referats berichtete Prof. Recknagel von einem guten Beispiel komplexer Forschungsarbeit des Instituts für Maschinenelemente der TU mit Prof. Fronius an der Spitze und anderen Einrichtungen. Aus diesem Beispiel leiten sich eine Reihe Thesen für die weitere Zusammenarbeit ab.

Zur weiteren Zusammenarbeit von Hochschule und Industrie sagte Prof. Recknagel:

„Unsere Institute müssen an den Grundlagenproblemen der Industriezweige mitarbeiten können. Sie müssen nicht nur angewandte, sondern auch Grundlagenforschung im Auftrag und auf Kosten der Industrie durchführen. Sie müssen an der Erarbeitung der Prognose des Industriezweigs beteiligt werden. Sie müssen Einfluß auf die Rationalisierungskonzeption der VVB nehmen können, um die daraus fließenden Aufgaben für Ausbildung, Absolventeneinsatz, Forschung und Produktionsunterstützung wahrnehmen zu können. Sicher würden sie an manchen Stellen sogar helfen können, erst einmal die Voraussetzungen für eine gesunde wissenschaftlich-technische Entwicklung zu schaffen.“

Daß wir so besonders anbieten, an der Erarbeitung der prognostischen Einschätzung mitarbeiten zu wollen, hat nicht nur sachliche Gründe, sondern wird auch durch die ideologischen Fragen der Zusammenarbeit zwischen Hochschule und Industrie mitbedingt. Die richtige Prognose ermöglicht eine Kontinuität in der Bewertung von Forschungs- und Entwicklungsaufgaben; diese Kontinuität aber erzeugt die Bereitschaft zu echter Konzentration auf echte Schwerpunkte. Arbeiten wir nicht nach diesen Forderungen, so gehen die ideologischen Grundlagen der Gemeinschaftsarbeit verloren, wir landen bei formalen Maßnahmen, d. h. bei Scheinkonzentration auf Scheinschwerpunkte. Da wir in der glücklichen Lage sind, daß bei uns die Richtung der Forschung von den Wissenschaftlern selbst entscheidend mitbestimmt wird, muß es auch möglich sein, diese Gefahren zu vermeiden und die übergeordneten Interessen in die vordere Linie zu rücken.“

Auch in der Vertragsforschung, fuhr Prof. Recknagel fort, muß begonnen werden, echte Ware-Geld-Beziehungen herzustellen.

„Heute werden die Verträge abgeschlossen und unsere Arbeit bezahlt auf Grund der geschätzten Arbeitszeit einschließlich des Gemeinkostenzuschlags, der Materialkosten, Anschaffungen und ähnlicher Beträge. Der erzielte Nutzen aber spielt keinerlei Rolle. Die Institutsdirektoren als Auftragsnehmer haben nur ihre eigenen Erfahrungen als Leitfaden, um etwa zwischen zwei gleichen Angeboten dasjenige auszuwählen, das den größeren Gewinn bringt. Die Universitätsleitung aber besitzt überhaupt keinen Maßstab, an dem gemessen werden kann, ob die für die Vertragsforschung bereitgestellten Arbeitskräfte wirklich so eingesetzt sind, daß sie den höchsten volkswirtschaftlichen Nutzen erzielen. Daraus resultieren unsere Forderungen“

1. Beim Vertragsabschluss sollten die auftraggebenden Betriebe eine Nutzenschätzung für die durchzuführende Aufgabe vorlegen; und

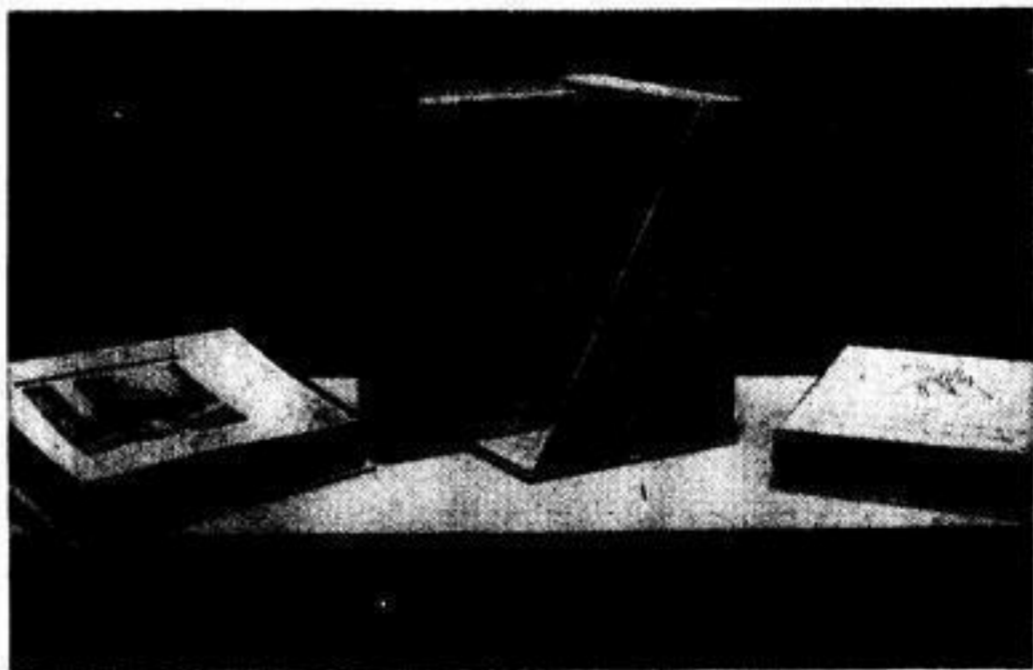
2. bei erfolgreichem Abschluß der Arbeit ist das Hochschulwesen durch die Preisgestaltung für unsere Arbeit am Nutzen zu beteiligen.“

Sollte keine Nutzenschätzung möglich sein, dann muß die Änderung darin bestehen, daß ein Vereinbarpreis festgelegt wird, der die tatsächlichen Kosten der Hochschulen berücksichtigt und darüber hinaus einen Nutzenzuschlag enthält, der dem Rechnung trägt, daß ein wissenschaftliches Kollektiv eben volkswirtschaftlichen Nutzen durch seine Arbeit zu bringen hat. Dieser Preisanteil ist der freien Vereinbarung von Institut und Industrie zu überlassen.“

Ohne Zeitverlust und ohne auf Anweisungen zu warten, haben die Wissenschaftler der TU ihre Aufgaben aus der Rationalisierungskonferenz aufgegriffen. „Allerdings ist jetzt im Interesse der Ausbildung aller Studenten eine Regelung durch das Staatssekretariat notwendig, die überall ein für die Ausbildung ausreichendes Maß an Forschungskapazität läßt. Festlegungen über eine adäquate Verteilung der Lehr- und Forschungsaufgaben müssen, hinweggreifend über alle Fachrichtungen und Hochschulen, entwickelt und verbindlich eingeführt werden.“

Ebenso muß endlich in der Vertragsforschung ein ins Gewicht fallender materieller Anreiz für die Institute und die Mitarbeiter zugelassen werden.“

Als Abschluß sprach Prof. Recknagel die Hoffnung aus, daß die folgende Diskussion uns einen Schritt vorwärts zur Lösung unserer gemeinsamen Aufgaben bringen möge.



auch Grundlagenforschung im Auftrag und auf Kosten der Industrie durchführen. Sie müssen an der Erarbeitung der Prognose des Industriezweigs beteiligt werden. Sie müssen Einfluß auf die Rationalisierungskonzeption der VVB nehmen können, um die daraus fließenden Aufgaben für Ausbildung, Absolventeneinsatz, Forschung und Produktionsunterstützung wahrnehmen zu können. Sicher würden sie an manchen Stellen sogar helfen können, erst einmal die Voraussetzungen für eine gesunde wissenschaftlich-technische Entwicklung zu schaffen.“

Daß wir so besonders anbieten, an der Erarbeitung der prognostischen Einschätzung mitarbeiten zu wollen, hat nicht nur sachliche Gründe, sondern wird auch durch die ideologischen Fragen der Zusammenarbeit zwischen Hochschule und Industrie mitbedingt. Die richtige Prognose ermöglicht eine Kontinuität in der Bewertung von Forschungs- und Entwicklungsaufgaben; diese Kontinuität aber erzeugt die Bereitschaft zu echter Konzentration auf echte Schwerpunkte. Arbeiten wir nicht nach diesen Forderungen, so gehen die ideologischen Grundlagen der Gemeinschaftsarbeit verloren, wir landen bei formalen Maßnahmen, d. h. bei Scheinkonzentration auf Scheinschwerpunkte. Da wir in der glücklichen Lage sind, daß bei uns die Richtung der Forschung von den Wissenschaftlern selbst entscheidend mitbestimmt wird, muß es auch möglich sein, diese Gefahren zu vermeiden und die übergeordneten Interessen in die vordere Linie zu rücken.“

Auch in der Vertragsforschung, fuhr Prof. Recknagel fort, muß begonnen werden, echte Ware-Geld-Beziehungen herzustellen.

„Heute werden die Verträge abgeschlossen und unsere Arbeit bezahlt auf Grund der geschätzten Arbeitszeit einschließlich des Gemeinkostenzuschlags, der Materialkosten, Anschaffungen und ähnlicher Beträge. Der erzielte Nutzen aber spielt keinerlei Rolle. Die Institutsdirektoren als Auftragsnehmer haben nur ihre eigenen Erfahrungen als Leitfaden, um etwa zwischen zwei gleichen Angeboten dasjenige auszuwählen, das den größeren Gewinn bringt. Die Universitätsleitung aber besitzt überhaupt keinen Maßstab, an dem gemessen werden kann, ob die für die Vertragsforschung bereitgestellten Arbeitskräfte wirklich so eingesetzt sind, daß sie den höchsten volkswirtschaftlichen Nutzen erzielen. Daraus resultieren unsere Forderungen“

1. Beim Vertragsabschluss sollten die auftraggebenden Betriebe eine Nutzenschätzung für die durchzuführende Aufgabe vorlegen; und

2. bei erfolgreichem Abschluß der Arbeit ist das Hochschulwesen durch die Preisgestaltung für unsere Arbeit am Nutzen zu beteiligen.“

Sollte keine Nutzenschätzung möglich sein, dann muß die Änderung darin bestehen, daß ein Vereinbarpreis festgelegt wird, der die tatsächlichen Kosten der Hochschulen berücksichtigt und darüber hinaus einen Nutzenzuschlag enthält, der dem Rechnung trägt, daß ein wissenschaftliches Kollektiv eben volkswirtschaftlichen Nutzen durch seine Arbeit zu bringen hat. Dieser Preisanteil ist der freien Vereinbarung von Institut und Industrie zu überlassen.“

Ohne Zeitverlust und ohne auf Anweisungen zu warten, haben die Wissenschaftler der TU ihre Aufgaben aus der Rationalisierungskonferenz aufgegriffen. „Allerdings ist jetzt im Interesse der Ausbildung aller Studenten eine Regelung durch das Staatssekretariat notwendig, die überall ein für die Ausbildung ausreichendes Maß an Forschungskapazität läßt. Festlegungen über eine adäquate Verteilung der Lehr- und Forschungsaufgaben müssen, hinweggreifend über alle Fachrichtungen und Hochschulen, entwickelt und verbindlich eingeführt werden.“

Ebenso muß endlich in der Vertragsforschung ein ins Gewicht fallender materieller Anreiz für die Institute und die Mitarbeiter zugelassen werden.“

Als Abschluß sprach Prof. Recknagel die Hoffnung aus, daß die folgende Diskussion uns einen Schritt vorwärts zur Lösung unserer gemeinsamen Aufgaben bringen möge.

Redaktionsschluß für  
die „UZ“ Nr. 22/66 ist  
am Freitag, dem  
25. November 1966

Herausgeber: SED-Universitätsparteileitung der Technischen Universität Dresden, Redaktionskollektiv. Redaktion: 407 Dresden, Helmholtsstraße 4, Telefon: Einwahl 4 83, HF 81 81 und 80 83. Verantwortl. Redakteur: Thomas Griebel, Redakteur: Hannelore Murewski. Fotos, soweit nicht anders vermerkt: TU-Büro. Für unverlangt eingehende Manuskripte usw. wird keine Haftung übernommen. Veröffentlicht unter Lizenz-Nr. 8 80 beim Rat des Bezirkes Dresden. Satz und Druck: Grafischer Großbetrieb Volkshilfsdruckerei, Dresden, Betriebsstell. Julian-Grimm-Allee (11-9-108).

„Universitätszeitung“ Seite 5